

Nr. 488 | Januar 2017

3 INFO:3

Infoheft der Sozialdemokratischen Partei Zürich 3

SP

Editorial

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Das Jahr 2016 ist vorüber, Trump ist im Amt. Vielleicht beschleicht euch auch immer wieder ein ungutes Gefühl? Wie kann und soll man sich engagieren, bei der momentanen politischen Wetterlage? Es kommt einem vor, sich als Linke immer mehr rechtfertigen zu müssen. Naiv und zu sehr Gutmensch, die wahren Probleme nicht kennend, das wird einem vorgehalten.

Carolyn Emcke schreibt in ihrem Buch «Gegen den Hass»: «Es würde schon helfen, wenn nicht mehr die, die sich leise und friedlich engagieren, sich rechtfertigen müssten, sondern die, die jene verachten. (...) Wenn nicht mehr die, die ein offenes humanes Miteinander wollen, sich verteidigen müssten, sondern die, die es unterwandern.»

Wir leben hier in Zürich mitten unter denjenigen Menschen und Umständen, die so vielen Angst zu machen scheinen und Anstoss zu extremen Ansichten geben. Wir kennen die «wahren Probleme», denn wir begegnen Flüchtlingen, anderen Religionen und Kulturen täglich. Wir sind also keine naiven Gutmenschen, die in einer Blase leben. Was genau ist da die Wahrheit, die endlich einmal gesagt werden muss? Wer genau ist diese Elite, welcher man es zeigen will? Zwingen wir sie, sich zu rechtfertigen.

Rebekka Plüss



Foto: zvg

Duri Beer, neuer Gemeinderat der SP 3

Aktuell » **Duri Beer – neu im Gemeinderat**

DER BÜEZER-VERTRETER

Seit August 2016 sitzt Duri Beer für die SP 3 im Gemeinderat. Der VPOD-Gewerkschaftsfunktionär setzt sich für die konkreten Anliegen der Arbeiterinnen und Arbeiter ein – und als ehemaliger Lehrer und Vater neu nun für eine gute Schule.

Text: Roland Schaller

«Heute war ein guter Tag», freut sich Duri Beer, als wir uns abends zum Interview bei einem Bier treffen. Die VPOD-Delegation setzte sich nämlich bei den Verhandlungen mit dem Stiftungsrat der städtischen Pensionskasse durch. Auf ihre Intervention hin wird das angesparte Kapital mit einem halben Prozent mehr verzinst, als dies Finanzvorsteher Leupi ursprünglich plante. Zusätzlich

konnten sie die Überbrückungskredite der Stadt bei einer vorzeitigen Pensionierung zumindest zur Hälfte retten. «Das sind konkrete Erfolge für unsere Mitglieder und für das städtische Personal insgesamt», sagt Gewerkschaftsfunktionär Beer mit Stolz. Keine ideologischen Diskussionen, hier geht es um die Rente der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Traumberuf

Duri Beer arbeitet als Gewerkschaftssekretär des VPOD Zürich. Die Stelle trat er 2008 an und er bezeichnet sie noch heute als sein Traumberuf: «Ich bin katholisch aufgewachsen, Hilfsbereitschaft gehörte zur Familientradition. In der Schulzeit kamen ein humanistisches Menschenbild und die Ziele der Aufklärung dazu. In der Gewerkschaft kann ich das konkret umsetzen.»

Duri ist für die Angestellten der Stadt Zürich zuständig, dazu zählen die Handwerker/-innen der industriellen Betriebe, die Angestellten von Grün Stadt Zürich und die Trämlierinnen und

tuelle Geplänkel rund um die von einigen SP-Leuten behauptete fehlende Verankerung der Partei in der Arbeiterschaft verfolgt er eher mit Skepsis: «Wer, wenn nicht wir, gehen auf die Strasse und reden mit den Arbeiterinnen und Arbeitern?»

Zuerst Lehrer

Duri Beer ist heute 42 Jahre alt, verheiratet, glücklicher Vater einer neunjährigen Tochter und wohnt mit seiner Familie im Kreis 3. Er wuchs in Chur auf, damals wurde am Mittagstisch rätoromanisch gesprochen. Nach der Schulzeit absolvierte er die Ausbildung zum Primarlehrer und arbeitete während einigen Jah-

2009 trat Duri in die SP 3 ein. Man darf das ruhig erwähnen: Ein Mandat im Gemeinderat interessierte ihn schon damals. Und vielleicht gerade deshalb betont er: «Ich bin immer noch beeindruckt von der Arbeit, die unser Vorstand und unsere Basis leisten!» Es gebe eben auch etliche Aktive, die kein Amt anstreben und eher im Hintergrund wirken würden. «Ein grosses und bewundernswertes Engagement», betont der Neo-Gemeinderat. Er selbst engagierte sich für sein Ziel und konnte 2013 ein erstes Mal in den Gemeinderat nachrücken. In den Wahlen 2014 fiel er aber als überzählig wieder heraus. «Damals war ich sehr enttäuscht und dachte mir, das war's.» Doch mit der Zeit kam seine Lust für ein Engagement zurück und nun hat es also wieder geklappt. Im August 2016 rückte er für Rebekka Wyler nach, die zu ihrem Lebenspartner in den Kanton Uri zog.

Schule und Quartier

Als Gemeinderat sitzt Duri nun in der Spezialkommission PRD/SSD (Präsidentaldepartement und Departement Schule und Sport). Eine gute Schule liegt dem Vater und ehemaligen Lehrer am Herzen: «Ich habe selbst erlebt, welche Auswirkungen eine gute Qualität in der Schule und in der Betreuung auf die Kinder haben kann.» Deshalb will er sich dafür einsetzen, dass die Schule die notwendigen Mittel erhält, die es ihr eben erlaubt, die heute gute Qualität zu halten und noch auszubauen. «Das muss ein wichtiges Ziel von uns Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten sein», ist Duri überzeugt.

Allerdings sieht er sich nicht ausschliesslich als Schulpolitiker, auch dem Quartier, dem Sport und der Kultur fühlt er sich verpflichtet. Apropos Sport: Gegen Ende des Interviews checkt Duri das aktuelle Resultat des FCZ auf dem Handy. Der Klub könnte in der Europaliga immer noch weiterkommen – zumindest damals. Das hätte Duri gefreut und er gesteht: «Ich bin ein grosser FCZ-Fan mit Jahreskarte – Freunde finden mich regelmässig in der Südkurve!»

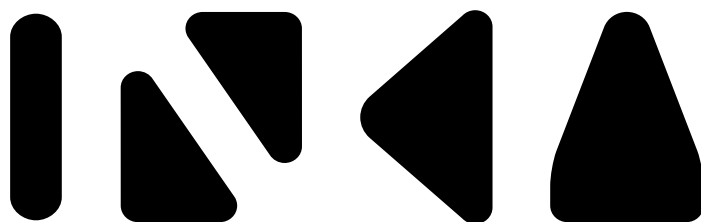
«ICH HABE SELBST ERLEBT, WELCHE AUSWIRKUNGEN EINE GUTE QUALITÄT IN DER SCHULE UND IN DER BETREUUNG AUF DIE KINDER HABEN KANN.»

Buschauffeure. Zu seinen Aufgaben gehört die individuelle Betreuung der Mitglieder beispielsweise bei Rechtsproblemen, aber auch die Vertretung in kollektiven Lohnverhandlungen. «Ich habe einen guten Draht zu den Büzern», sagt Duri von sich selbst. Das ak-

ren in diesem Beruf. «Das war schon damals keine einfache, aber eine reizvolle Aufgabe», erinnert sich Duri an seine Jahre als Lehrer in Santa Maria im Münsertal. Danach zog es ihn nach Bern und er studierte Geschichte – bis ihn die Liebe nach Zürich holte.

Anzeigen

links, ökologisch und
auch im Kreis 3 zu Hause



INKADRUCK AG ZENTRALSTRASSE 156
CH-8003 ZÜRICH WWW.INKA.CH

Referendum

USR III BRINGT LEISTUNGSABBAU UND STEUERERHÖHUNG

Am 12. Februar 2017 stimmen wir über die Unternehmenssteuerreform III ab. Was sehr technisch klingt, hat massive Auswirkungen – auch für die Stadt Zürich. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns für ein Nein engagieren.

Text: Florian Utz, Gemeinderat, Rechnungsprüfungskommission

Die Unternehmenssteuerreform III bringt massive Steuerausfälle. Alleine in der Stadt Zürich müssten Firmen dank den tieferen Steuersätzen 200 Mio. Franken weniger Steuern bezahlen. Hinzu kämen noch weitere Steuerausfälle durch die Lizenzboxen und den Steuerabzug für fiktive Zinsen. Wie hoch diese zusätzlichen Ausfälle sind, weiss niemand. Wenn man die Steuerausfälle auf insgesamt 300 Mio. Franken schätzt – wie es das städtische Steueramt tut –, so rechnet man wohl noch eher konservativ.

Fehlende Einnahmen kann die Stadt Zürich grundsätzlich auf drei Arten kompensieren: Durch den Zuzug neuer Steuerzahlende, durch Kürzungen von städtischen Leistungen oder durch Steuererhöhungen. Unrealistisch ist die erste Variante: Um 300 Mio. Franken zu kompensieren, müssten 90'000 Menschen neu in die Stadt Zürich ziehen – und hier keinerlei Leistungen beziehen. Alternativ dazu müssten Unternehmen in die Stadt Zürich ziehen, welche anderthalb Mal so viele Steuern bezahlen wie heute der gesamte Bankensektor. Es ist offensichtlich, dass diese Szenarien unrealistisch sind.

[BESCHENKTE UNTERNEHMEN]

Als zweite Variante könnten öffentliche Leistungen gekürzt werden. Die Stadt Zürich könnte zum Beispiel weniger bezahlbare Wohnungen bauen, auf Velowege verzichten, Krippenplätze streichen oder die Wintermantelzulage kürzen. Auf Einsparungen von 300 Mio. Franken käme man aber selbst mit solch schmerzhaften Massnahmen nicht. Eine vollständige Streichung der Wintermantelzulage, ein kompletter Verzicht auf neue Velowege, die Abschaffung der Abschreibungsbeiträge für bezahlbare Wohnungen und die Streichung von 100 Stellen würden gerade mal eine Einsparung von rund 23 Mio. Franken bringen – zusammengerechnet, wohlverstanden. Oder anders gesagt: Selbst mit radikalen und überaus un-

sozialen Einschnitten käme man bei weitem nicht auf Einsparungen von 300 Mio. Franken.

Bei einem Ja zur USR III wäre deshalb eine Steuererhöhung unumgänglich. Wenn 300 Mio. Franken über Steuererhöhungen ausgeglichen werden müssen, so müssten die Steuern um ganze 18 Prozentpunkte erhöht werden. Wenn man ein Drittel der 300 Millionen Franken über einen radikalen Leistungsabbau und die übrigen zwei Drittel durch Steuererhöhungen gegenfinanziert, so hiesse das für den Mittelstand: 12 Prozent mehr Steuern für deutlich weniger Leistungen.

[AUSGEPRESSTER MITTELSTAND]

Die Auswirkungen der USR III sind deshalb offensichtlich: Die Unternehmen müssen weniger bezahlen und der Mittelstand wird ausgepresst. Das ist nicht im Sinne der Bevölkerung. Die Zürcherinnen und Zürcher wollen mehr bezahlbare Wohnungen, eine gute Kinderbetreuung und mehr Velowege – und nicht eine massive Steuererhöhung bei gleichzeitigem Leistungsabbau. Es ist die Aufgabe der SP, für die Interessen der Menschen zu kämpfen. Und deshalb gegen die USR III. «

Selbstbestimmungsinitiative

SELBSTBESTIMMUNG UM JEDEN PREIS?

Im August 2016 wurde die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter», kurz «Selbstbestimmungsinitiative» eingereicht. Wieso wir diese Initiative ablehnen sollen, zeigt dieser Beitrag. **Text: Matyas Sagi-Kiss**

Die bösen Fremden Richter/innen oder die Rettung in letzter Instanz?

Ein Blick in die auf Webseite des Bundesgerichts publizierte Sammlung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) gegen die Schweiz dürfte selbst jene überzeugen, die Selbstbestimmungsinitiative abzulehnen, welche die helvetischen Verhältnisse durch die rosarote Brille sehen. Wer sich angesichts so mancher Ungerechtigkeiten mit Sätzen wie: «Bi eus isch's ja immer no vill besser als anderswo.» zu beruhigen oder mit Aussprüchen wie: «Warum lönd mir eus

gar nicht ist eine Vereinheitlichung der Umsetzung EGMR im Sinne einer Gleichmacherei in nach zentralistisch-diktatorischen Vorbild beabsichtigt. Auch wenn die SVP nicht müde wird, genau diese Angst zu schüren und die Ohnmacht des Volkes gegenüber den negativen Auswirkungen einer vom Neoliberalismus geleiteten Globalisierung zu ihren Zwecken zu instrumentalisieren.

Viel mehr geht es dem Gericht darum, dafür zu sorgen, dass die Grundrechte und Grundfreiheiten, in allen Staaten gewahrt werden. Der EGMR schreibt der Schweiz oder einem anderen Eu-

(derzeit Helen Keller, Professorin an der Uni Zürich) bei allen Schweizer Fällen mitentscheidet, sind die übrigen Richter/innen, welche die Schweizer Fälle mitentscheiden, nicht Schweizer Bürger/innen. Alle anderen bekannten Parteien in der Schweizer Bundespolitik, sind der Auffassung, dass es förderlich ist, wenn eine von nationalen Besonderheiten unberührter Blick auf die Schweizer Streitfälle vor dem EGMR, zur Urteilsfindung beiträgt.

Die Tücken der Selbstbestimmungsinitiative

Selbst wenn die Zahl der Verurteilungen der Schweiz im Vergleich zu so manch anderem Mitgliedstaat des Europarates schwinden klein ist, so können wir mit Blick auf die bisher ergangenen Urteile meist mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen, dass der EGMR uns allen zur Seite steht, wenn die inländischen Gerichtsinstanzen uns den Schutz unserer Grundrechte und Grundfreiheiten versagen.

Die Selbstbestimmungsinitiative ist mit List formuliert. Sie will uns zumindest formell die Möglichkeit nicht nehmen, vor dem EGMR gegen die Schweiz Beschwerde zu erheben. Sie sieht aber vor, dass schweizerisches Recht und daher auch die Rechtsprechung des schweizerischen Bundesgerichts selbst dann bestehen zu bleiben hat, wenn sie vom EGMR direkt oder indirekt als EMRK-widrig taxiert wurde. Ein Urteil des EGMR hätte – so will es die Selbstbestimmungsinitiative – so gut wie keinerlei Auswirkungen mehr. De facto würde die EMRK durch eine Annahme der Initiative zu einem zahnlosen Pa-

«EIN URTEIL DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE HÄTTE NACH DER SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE SO GUT WIE KEINE AUSWIRKUNGEN MEHR.»

eigentlich vo dene fremde Richter in Strassburg dri rede, dass got doch die nüt a!» beruhigt, lenkt vom eigentlichen Thema ab.

Dennoch besteht die Gefahr, dass wir angesichts unseres Wohlstandes, davon ausgehen, dass ohnehin «alles in Butter» ist, und wir hier in der Schweiz nicht auf den Schutz der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) angewiesen seien.

Der EGMR lässt jedem der einzelnen Mitgliedstaaten jedoch grossen Spielraum. Er hat selbstverständlich nicht zum Ziel, innenpolitische Angelegenheiten der Mitgliedstaaten aufzumischen und schon

roparatsmitglied daher nicht vor, wie sie/es zur Wahrung eines bestimmten Grundrechtes vorzugehen hat, sondern überlässt dies dem jeweiligen Staat. Er stellt lediglich fest, ob die EMRK in einem zu beurteilenden Fall verletzt wurde oder nicht. Von einer Kompetenzüberschreitung des EGMR zu Lasten der Souveränität eines einzelnen Staates kann keine Rede sein.

Jeder Mitgliedstaat des Europarates stellt ein/e Richter/in. Insofern ist die Behauptung der SVP, es würden «Fremde Richter» über Schweizer Fälle befinden zumindest teilweise korrekt, denn obwohl die derzeitige Schweizer Richterin

piertiger verkommen. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass dies einer de facto Kündigung der EMRK gleichkäme. Wenn die Initiative wenigstens vorsehen würde, dass das Bundesgericht auch Bundesgesetze auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung überprüft und in der Folge ggf. für ungültig erklärt werden könnten, so hätte die Initiative – obwohl man sie auch dann ablehnen müsste - wenigstens etwas Positives. Wer findet es denn - ausser der SVP - tatsächlich falsch, dass Asbestopfer dank einem Urteil des EGMR zu ihrem Recht kommen können. Wer stört sich denn - abgesehen von SVP - daran, dass das neue Namensrecht dank EMRK die Frauen nicht mehr diskriminiert ist. Wenn stört es, dass niemand aufgrund seines Geschlechts bei der Bemessung des Invaliditätsgrades durch die IV benachteiligt werden, oder niemand in ein Land ausgeliefert werden darf, in welchem ihm/ihr Folter droht? Ja, Die Weltwoche und die BAZ natürlich...

Das klare Fazit lautet: Selbstbestimmungsinitiative, NEIN DANKE!

Geburtstage

[WIR GRATULIEREN]

» Willi Vogel

am 9. Februar zum 92. Geburtstag

» Ernst Surber

am 25. Januar zum 88. Geburtstag

» Gyula-Jules Piros

am 23. Januar zum 86. Geburtstag

» Hans Leiser

am 1. Januar zum 85. Geburtstag

» Heini Rohrer

am 24. Januar zum 82. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch!

IMPRESSIONEN JAHRES- SCHLUSSESEN SP3: RACLETTE IM TENNISHAUS



Aus gewähltem Amt

DER SERVICE PUBLIC UNTER DRUCK

Das Zürcher Gesundheits- und Umweltsdepartement bewegt sich zwischen kantonalem Spardruck, steigenden Anforderungen von Personal, Umwelt und Patienten und privater Konkurrenz in einem anspruchsvollem Umfeld. Unsere Stadträtin berichtet. **Text: Claudia Nielsen**

Nun, da ich in letzter Minute tippe, finde ich 4'000 Zeichen schon sehr wenig, um über ein wiederum dichtes Jahr als Stadträtin zu berichten: Reich befrachtet mit Aufgaben als Stadträtin und parallel dazu als Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltsdepartements mit einer Führungsverantwortung für mehr als 7'000 Mitarbeitende und eine Milliarde Franken. Die Grösse des Departements gründet darin, dass in Zürich im Gegensatz zu vielen Städten und Kantonen die meisten «Betriebe» Teil der Stadtverwaltung sind, so Alters- und Pflegeheime, medizinische Ambulatorien, aber auch ZüriWCs oder der Schlachthof. Und, als Unikum in der Schweiz, zwei Stadtspitäler.

Spitallandschaft im Umbruch

Mit dem Erlass des neuen Pflege- (2010) bzw. Spitalgesetzes (2011) begann das Umpflügen der Pflege- und Spitallandschaft. Es lässt sich mit der Gesundheit gut Geld verdienen, ein wenig Goldgräberstimmung macht sich breit. Wer erinnert sich da nicht an: «Gewinne privat, Verluste dem Staat» mit allen Begleitfolgen? Dazu passt, dass verwaltende oder hoheitliche Aufgaben (Bewilligungen, Kontrollen, z.B. Luftreinhaltung) möglichst nichts kosten, aber sofort ausgeführt werden sollen.

Um diesen Entwicklungen nicht ausgeliefert zuschauen zu müssen, sondern sie aktiv und politisch abgestützt anzugehen, befindet sich praktisch jede «meiner» Dienstabteilungen in einem Strategie- oder Organisationsprozess. Solche Prozesse in Auftrag zu geben, zu steuern und zu verantworten, dafür bin ich unter anderem gewählt.

Ein grosser Teil meiner Energien ging in solche Strategiefragen. So erwartet der

Gemeinderat zu Recht, in den nächsten Wochen die Eckpunkte für eine Stadtspitalstrategie präsentiert zu bekommen. Tönt einfach, ist aber reichlich komplex. Schliesslich sind wir – im Wissen, dass die Behandlung alter Menschen mehr kostet als bei jungen, stolz darauf, mit dem Stadtspital Waid und dem Pflegezentrum Käferberg tragenden Teil eines universitären Geriatrieverbund mit Rang und Namen zu bilden und mit dem neuen Bettenhaus Triemli eine vorausschauende Infrastrukturinvestition gewagt zu haben. Es ist absehbar, dass nicht allen recht getan werden kann: Eine hochstehende Gesundheitsversorgung für alle, also unabhängig von Alter, Lebensform oder Portemonnaie, anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen für das Personal, umweltschonende Infrastruktur und das alles bei voller Wahlfreiheit und kostendeckend. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Erst recht nicht, wenn der Kanton die Tarife in erster Linie mit Rücksicht auf Sparprogramme und Unternehmenssteuern festsetzt.

Service Public im Gesundheitsbereich

Als eine, die als Gemeinderätin die städtischen Sparprogramme der 1990er Jahre mittragen musste, ist mir die Bedeutung haushälterischen Umgangs mit

Steuermitteln schmerzhaft bewusst. Gleichzeitig ist mir auch bewusst, wie grundlegend für unser Wohlbefinden und für unsere gesellschaftliche Entwicklung verlässliche Leistungen der öffentlichen Hand sind, gerade, oder erst recht dann, wenn man es am Nötigsten hat: Im Alter, wenn man krank ist, wenn man allein ist, wenn man das Leben selbst nicht meistern kann. Darum setze ich mich in der SP ein – zum Beispiel gegen die Unternehmenssteuerreform III. Gerne würde ich darüber nachdenken, wie wir die Forderung der deutschen Wirtschaftshistorikerin Ulrike Herrmann in ihrem neusten Buch «Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung» (Achtung: Das war ein Buchtipp!) mehrheitsfähig machen könnten: Devisenspekulation verbieten. Viele Turbulenzen und Wirtschaftskrisen würden uns und allen erspart bleiben.

Wie gut es uns hier in Zürich geht – und dass wir uns anstrengen sollen und exponieren müssen, damit es so bleibt –, erlebe ich immer wieder im Gespräch mit PatientInnen, BewohnerInnen von Alterszentren, Angehörigen von Menschen in Pflegezentren oder überhaupt LeistungsbezogenerInnen der öffentlichen Hand. So richtig eingefahren ist es mir beim Besuch einer Kooperation der Uni Zürich mit der Uni Kampala zur Erforschung, Behandlung und Prävention übertragbarer Krankheiten. Tuberkulose ist noch längst nicht besiegt und auch Ebola sitzt uns noch in den Knochen; von Aids nicht zu reden. Es war ein Highlight, in Uganda über den Tellerrand hinaus zu schauen und zu überlegen, wie unsere infektiologischen Angebote Teil der Partie werden können, so dass wir voneinander lernen und gemeinsam stärker sind.»



Claudia Nielsen,
Stadträtin

DASLAMM.CH MACHT JOURNALISMUS FÜR DIE ZUKUNFT

Der Name klingt harmlos. Doch dahinter verbirgt sich ein Team von kritischen NachwuchsjournalistInnen aus Zürich, die nicht locker lassen. Das Online-Zukunftsmagazin *das Lamm* macht Journalismus mit Haltung. **Text: Simon Bock**

Der 21. September 2009: Die Stimmung am Küchentisch einer Zürcher WG im Kreis 3 ist euphorisch. Es hat tatsächlich jemand zurückgeschrieben! Die Umweltnaturwissenschaftlerin Alexandra Tiefenbacher regt sich schon lange darüber auf, dass die Stadt Zürich den Kompost nicht sammelt – und hatte kurzerhand nachgefragt, warum. Soeben hat sie eine Mailantwort bekommen von der Stadt. Keine plausible Erklärung zwar, aber immerhin: Der Herr von der Verwaltung hat sich die Mühe gemacht, zurückzuschreiben. Damit hat sie etwas in der Hand, um weiter nachzuhaken. «Ich möchte mehr Antworten!» Michael Schilliger, Politologiestudent und ihr Mitbewohner, kümmert weniger, dass die Erklärung aus ökologischer Sicht wenig Sinn ergibt. Ihn fasziniert die ausführliche Antwort der Stadt. «Hier gibt es tolle Stories, die wir erzählen könnten!» So entsteht der erste Text auf dem Lamm-Blog: «Wieso hat Zürich keine Kompostsammlung?»

[FRAGEN ALS JOURNALISTISCHES KONZEPT]

Das Konzept ist so simpel wie einleuchtend: Die AutorInnen von Lamm beobachten, dass Unternehmen und Institutionen trotz vollmundiger Versprechen nicht nachhaltig wirtschaften und fragen bei den Verantwortlichen nach: Warum ist das Biogemüse doppelt verpackt? Warum müssen bei einem Coiffeur nachts die Lichter brennen? Wird der Kaffeesatz bei Starbucks eigentlich kompostiert? Anschliessend veröffentlichen sie die – meist unbefriedigende – Antwort verpackt in eine Story. Damit führen sie den LeserInnen vor Augen, dass es sich lohnt, nachzufragen, und dass ihr Konsumverhalten direkte Auswirkungen hat. Und zeigen, dass Journalismus mit Haltung etwas bewirken kann.

Gut sieben Jahre später ist aus den zwei WG-MitbewohnerInnen ein Team von vierzehn ambitionierten, leidenschaftlichen JungjournalistInnen und eine Geschäftsstelle mit vier Mitarbeitenden entstanden, die sich um Administration, Eventorganisation, Marketing und Fundraising kümmern. Auch sind die Fragen umfassender und die Themen vielseitiger. So

nimmt das Lamm heute politische Initiativen unter die Lupe oder porträtiert Personen, die mit ihrem unkonventionellen Lebensstil zeigen, dass auch Wohnformen jenseits von Einfamilienhaus und Pärchenwohnung funktionieren. Oder die RedaktorInnen recherchieren, warum Palmöl so schädlich ist, und geben Tipps, wie und wo wir mit gutem Gewissen konsumieren dürfen. Und sie erzählen von ihren Bemühungen, möglichst nachhaltig zu leben. Dabei wagen sie auch mal einen Selbstversuch, wie eine Woche ohne Plastik zu leben, und berichten, woran auch sie immer wieder scheitern.

[FINANZIERUNG ÜBER MITGLIEDERBEITRÄGE]

Was in einer WG im Kreis 3 entstand, besteht dank dem grösstenteils ehrenamtlichem Engagement der verschiedenen AutorInnen bis heute. Und dies mit Erfolg: Rund 8000 Personen besuchen die Homepage pro Monat und über 1500 LeserInnen haben den Newsletter abonniert. Damit das Lamm auch in Zukunft erhalten bleibt, soll eine Mitgliedercommunity aufgebaut werden, mit deren regelmässigen Beiträgen das Lamm auf eine solide finanzielle Basis gestellt wird. Anna Haselbach, eine Autorin, ist überzeugt: «Es braucht heute mehr denn je Journalismus, der darüber schreibt, wie unser Konsumverhalten, unsere Politik und unsere Lebensweise die Gesellschaft von morgen formt. Und ich bin mir sicher, dass in der Schweiz genügend Leute diese Vision teilen und bereit sind, für differenzierten Journalismus zu bezahlen.»

«

Wer das Lamm unterstützen möchte, weiterhin unsere Gesellschaft und ihre Nachhaltigkeit kritisch zu beleuchten, und wer Lust hat, Mitglied zu werden, mitzuarbeiten oder grundsätzlich interessiert ist, kann sich gerne bei info@daslamm.ch melden. Sämtliche Artikel und mehr Informationen findet ihr auf der Website daslamm.ch.

Impressum

[NR. 488]**Herausgeberin »**

Sozialdemokratische Partei Zürich 3,
Postfach, 8036 Zürich, info@sp3.ch,
www.sp3.ch

Redaktion » Infogruppe SP3,
Rebekka Plüss, Laura Fuchs,
Roland Schaller, Samuel Schweizer,
Simon Bock, Matyas Sagi-Kiss

Gestaltung » BMquadrat.ch,
Michael Müller und Berit Bisig

Jahrgang Info:3 » 46. Jahrgang

Auflage » 475 Exemplare

Druck » Inka Druck AG, Zürich,
www.inka.ch

Agenda

[FEBRUAR]

Di, 07. Februar 2017, 19.30 Uhr
Mitgliederversammlung
Europapolitik -
Wie weiter nach Brexit und MEI?
*Mit: Cédric Wermuth, Nationalrat SP;
Tobias Naef, Jurist, beschäftigt
sich an der Uni ZH und im Think
thank Foraus mit der EU und den
Beziehungen CH-EU*
Wuhrstrasse 11

[MÄRZ]

Di, 21. März 2017, 20 Uhr
Generalversammlung SP3
Gemeinschaftsraum FGZ Grünmatt

[APRIL]

Di, 04. April 2017, 19.30 Uhr
Mitgliederversammlung

**[WAHLLOKALE
KREIS 3]**

Eine Information für alle Urnen-
gängerInnen: Die Stadt Zürich hat
mehrere Wahllokale geschlossen.
Im Kreis 3 ist es nur noch im
Schulhaus Aemtler A möglich, an
der Urne abzustimmen.

Anzeige

.....

Ein Garten denkt sozial.

Gartenbau Genossenschaft Zürich
044 377 85 85 ggz-gartenbau.ch

GGZ
Gartenbau Genossenschaft Zürich



A-PRIORITY